

**Eurokrise: Die Griechen raus und alles wird gut?
Kommentar der Kommission „Globalisierung und soziale Gerechtigkeit“
zur Eurokrise, den verschuldeten Ländern und der Rolle Deutschlands**

In Deutschlands Innenpolitik tobt der Streit zwischen denen, die Griechenland und andere Länder zu größerem Sparen verpflichten wollen und denen, die für einen Austritt Griechenlands aus der Eurozone plädieren. Was aber ist sinnvoll? Und ist der Euro überhaupt zu retten? In ihrem Kommentar versucht die Kommission „Globalisierung und soziale Gerechtigkeit“, die Diskussion um Eurokrise, die verschuldeten Länder und die Rolle Deutschlands in einen größeren Zusammenhang einzubetten.

„Neues“ aus der Krisenverwaltung

„Wir laufen Gefahr, dass die schwache Erholung zum Erliegen kommt.“ Mit dieser Einschätzung warnte die neue Chefin des IWF, Christine Lagarde, bei ihrem Amtsantritt die Industrieländer davor, zu sehr auf Sparen zu setzen. Noch in ihrem Frühjahrsgutachten hatten die sog. Wirtschaftsweisen orakelhaft verkündet: „Erholung setzt sich fort. Risiken bleiben groß.“ Die Erholung setzte sich fort: aufgrund staatlicher Rettungsmaßnahmen in wieder funktionsfähigen Banken und in guten konjunkturellen Daten. Der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle hatte schon einen XXL-Aufschwung bejubelt.

Sparen und wirtschaftliche Depression

Immerhin hatten sich die sog. Wirtschaftsweisen noch ein Bewusstsein der Risiken bewahrt. Das Risiko für Deutschland ist die Abhängigkeit von einem Export, der mit dramatisch wachsenden prekären Beschäftigungsverhältnissen erkaufte ist und mit den Schulden der Länder finanziert wird, die Exporte aufnehmen. Die Verschuldung der einen ist die Kehrseite der Exporterfolge der anderen. Dieser Mechanismus stößt auf Grenzen, die jetzt auch in der Eurozone sichtbar werden. Die Verschuldung treibt Staaten wie Griechenland, Italien, Spanien, Irland... in den Staatsbankrott. Für den Euro bedrohliche Währungsturbulenzen sind die Folge. Um das ‚System‘ zu retten, werden Rettungsschirme aufgespannt und die verschuldeten Länder unter Sparzwang gestellt. Genau dies aber befördert die wirtschaftliche Depression, wie gegenwärtig das Beispiel Griechenland zeigt. Griechenland hat zwar alle Sparvorgaben erfüllt. Dennoch wird sich voraussichtlich das griechische Haushaltsdefizit erhöhen, weil aufgrund der wirtschaftlichen Depression die Steuereinnahmen einbrechen.

Was tun?

Gegenwärtig verschärft sich der Streit zwischen Bewegungen in den südlichen Staaten Europas, die sich gegen die Sparprogramme und die mit ihnen verbundene wirtschaftliche Depression wehren, und denen, die sie weiter verschärfen wollen. In Deutschlands Innenpolitik tobt der Streit zwischen ‚Rettern‘ mit ihren verschärften Sparauflagen auf der einen und solchen, die für einen Austritt Griechenlands aus der Eurozone plädieren, auf der anderen Seite. Letztere Logik liefe auf eine vermeintlich kostengünstige Entsorgung solcher Länder hinaus, die Deutschlands Exporte nicht mehr durch ständig wachsende Verschuldung subventionieren können. Die Frage aus deutscher Sicht wäre nur: Wer wird dann Deutschlands Exporte aufnehmen? Immerhin beläuft sich seit der Einführung des Euro der Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands gegenüber der Euro-Zone auf stolze 745,3 Milliarden Euro.

An dem politischen Streit wird deutlich, dass die sich auftürmenden Probleme im Rahmen kapitalistischer Logik nicht mehr zu bewältigen sind. Die in der sog. Realpolitik diskutierten Alternativen - Schuldenabbau durch Sparen oder Finanzierung der Konjunktur durch Schulden - spiegeln die Ausweglosigkeit der Situation. Konjunkturspritzen erhöhen die Verschuldung. Beim Sparen drohen konjunkturelle Einbrüche.

Abhängigkeit von Verschuldung

Kernproblem ist die Abhängigkeit der kapitalistischen Produktion von Defizitkreisläufen, die sich nicht zuletzt von den Blasen aus der Scheinakkumulation auf den Finanzmärkten speisen. Nach dem Zusammenbruch der Finanzmärkte 2008 wurde die „schwache Erholung“ vor allem von staatlichen Konjunkturprogrammen getragen. Damit war jedoch das Problem der Abhängigkeit der Realwirtschaft von Defiziten - also von Verschuldung – lediglich von den Blasen, die sich auf den Finanzmärkten bilden, auf den Staatskredit verlagert. Staatsprogramme müssen eine krisengeschüttelte reale Wertschöpfung ersetzen. Die Politik ist also wieder bei einem Problem angekommen, an dem der Neoliberalismus als Therapie in den 1970er Jahren angesetzt hatte: der Staatsverschuldung. Jedoch ist jetzt eine Verschuldung zu ‚bewältigen‘, die auf einem unvergleichbar höheren Niveau liegt. Die Finanzierung durch Schulden stößt auf die Grenze der finanziellen Möglichkeiten der Staaten. Rettungsmaßnahmen wie beim Finanzcrash vor drei Jahren wären schlicht nicht mehr finanzierbar.

Geld ‚aus dem Nichts‘ als Rettung?

Ein Ausweg aus dem Dilemma scheint die Erhöhung der Geldmenge durch die Notenbanken - gleichsam eine ‚Schöpfung aus dem Nichts‘. Genau dies wiederum befördert die Bildung von Liquiditätsblasen auf den Finanzmärkten. Die nächsten Zusammenbrüche sind vorprogrammiert. Eine andere Folge ist die Entwertung des Geldes, das aufgrund seiner künstlichen Vermehrung nicht mehr den realen Wertverhältnissen entspricht. Damit droht ein Währungsschnitt, der wiederum spekulative Bewegungen gegen schwächelnde Währungen auslöst. Im Kauf und Verkauf von Wertpapieren und Devisen, in Spekulationen über Gewinn- und Verlustwartungen spielen die Finanzmärkte verrückt.

Die Brisanz der gegenwärtigen Situation dürfte darin bestehen, dass die sich abzeichnenden konjunkturellen Schwächen einhergehen mit einer Eskalation der Staatsverschuldung. Dabei gelang es der Politik zwar, ganze Schuldenberge dadurch unsichtbar zu machen, dass sie die Notenbanken anwies, ‚faule Finanzprodukte‘ und eigene Staatsanleihen zu kaufen und so in deren Bilanzen ‚verschwinden‘ zu lassen. Die verschwundenen Schuldenpapiere verrotten aber nicht einfach, sondern können jederzeit explodieren. Mit Hilfe der Eurobonds als gemeinsamer europäischer Anleihe kann es vielleicht gelingen, die Verschuldungsdynamik und die mit ihr verbundenen Defizitkreisläufe zeitlich noch einmal zu strecken. Aber weder die Geldschwemme der Notenbanken noch die Staatsverschuldung lassen sich beliebig verlängern.

Eine innere Schranke kapitalistischer Produktion

Letztlich markiert die innere logische Schranke der Verwertung des Kapitals eine Grenze, die nicht übersprungen werden kann. Die von der Konkurrenz zwischen Unternehmen erzwungene Steigerung der Produktivität geht einher mit dem Abbau von Arbeitsplätzen und in Investitionen in automatisierte Produktion. Dies verteuert die Produktion und macht zugleich Arbeit überflüssig. Mit der Arbeit wird die für die Vermehrung des Kapitals nötige Substanz entsorgt. Der damit verbundene Verlust an Wertschöpfung ist weder durch Verschuldung noch durch Scheinakkumulation auf den Finanzmärkten, noch durch Geldschöpfung ‚aus dem Nichts‘ dauerhaft zu kompensieren. Der Kapitalismus kann sich selbst nicht mehr finanzieren. Statt immer neue illusionäre Varianten der Krisenverwaltung aufzulegen, käme es darauf an, die innere Grenze der kapitalistischen Veranstaltung zu registrieren, und nach Alternativen zur Warenproduktion zu suchen.

pax christi-Kommission „Globalisierung und soziale Gerechtigkeit“

Ein ausführlich erklärender Text findet sich auf der Homepage der Kommission unter www.paxchristi.de/globalisierung / mit dem Titel „Die Krise verstehen“.